

JUNGE FREIHEIT

WOCHEZEITUNG FÜR DEBATTE

Koalitionsvertrag: Schwarz-rote Energiepolitik – Ein gigantischer Betrug am Bürger



KE Koalitionsvertrag

Schwarz-rote Energiepolitik – Ein gigantischer Betrug am Bürger

Wirtschaft | 16. April 2025 | Autor: Rüdiger Stobbe | 4 Kommentare

Merz versprach vor der Wahl die Wiederinbetriebnahme von Atomkraftwerken – im Koalitionsvertrag fehlt davon jede Spur. Was das für Deutschlands Energiepolitik bedeutet. Eine Analyse von Rüdiger Stobbe.

Hat Friedrich Merz vor der Bundestagswahl noch eine Prüfung der Möglichkeit einer Wiederinbetriebnahme der letzten sechs vom Netz genommenen Atomkraftwerke versprochen, kommt der Begriff „Atom“ oder „Kernkraft“ im Koalitionsvertrag praktisch nicht vor. Sogar die angedachten Fusionskraftwerke, die in sehr ferner und wahrscheinlich nicht in deutscher Zukunft liegen, sollen „außerhalb des Atomrechts“ reguliert werden. Der ganze Widerwille, wenn nicht sogar „Haß“ auf alles, was auch nur entfernt mit Atomkraft zu tun haben könnte, wird durch den bewußten Verzicht auch nur der Erwähnung „Atom“ oder „Kernenergie“ im Koalitionsvertrag deutlich.

Dabei ist elektrischer Strom, der mit Atomenergie gewonnen wird, sowohl in der gesamten industriellen Welt als auch beim **IPCC** ein relevantes Element zur Bereitstellung CO2-freier Energie. Der mit Atomenergie erzeugte Strom fließt regelmäßig und sicher. Er kann die energetische Grundversorgung eines Industrielandes darstellen, weil die benötigte Grundlast zuverlässig und schwankungsfrei bereitgestellt wird. Besonders dann, wenn – wie in Deutschland – nahezu sämtliche energetischen Prozesse elektrifiziert werden sollen.

Stromverbrauch ist nicht gleich Energieverbrauch

Sind fossile Energieträger heute noch die Pfeiler der mobilen Industriegesellschaft, soll bis zum Jahr 2045 die im Grundgesetz festgeschriebene Klimaneutralität erreicht werden. Das funktioniert aber nur, wenn die fossilen Energiegewinnungsprozesse von regenerativ erzeugter elektrischer Energie (vor allem mit Wind- und Solarkraft) und deren Folgeprodukten (beispielhaft Wasserstoff und E-Fuels) abgelöst werden.

Dabei geht es nicht nur um den aktuell benötigten Strom, sondern um die gesamte Energie, die in Deutschland im Laufe eines Jahres benötigt wird. Es sind nicht etwa die circa 60 Prozent Anteil an der deutschen Stromproduktion, die den Fortschritt der Energiewende anzeigen. Der regenerativ erzeugte Stromanteil macht etwa zwölf Prozent der gesamten in Deutschland benötigten **Endenergie** aus.

Die restlichen circa zehn Prozent Regenerativanteil (**Gesamtanteil Erneuerbare an der Endenergie = 22 Prozent**) resultieren zum größten Teil aus der Energiegewinnung mittels Biomasse, eines Energieträgers, der schon lange in hohem Umfang genutzt wird, aber **nicht beliebig verfügbar** ist.

Die Koalitionäre CDU-Chef Friedrich Merz und SPD-Chef Lars Klingbeil: Ihre Energiepolitik verheißt nichts Gutes. Foto: IMAGO / dts Nachrichtenagentur

Anzeige



NEU Spare bei Temu
Temu

Anzeige

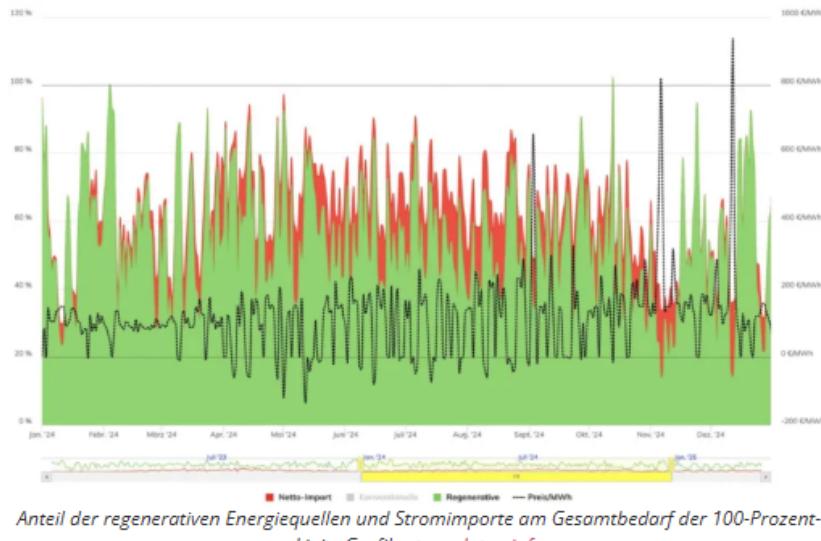


NEU Spare bei Temu
Temu

Hinzu kommen Geo- und Solarthermie, die gemäß Koalitionsvertrag zwar weiter gefördert werden sollen, in näherer Zukunft jedoch mengenmäßig keine entscheidende Rolle spielen werden.

Schwarz-Rot ist die Ampel plus Milliardenschulden

Es sollen in erster Linie Windkraft- und Photovoltaikanlagen zugebaut werden. Dabei ist die Idee, ein Industrieland mit aktiv nicht regelbarer und höchst volatiler Energie versorgen zu wollen, faktisch ein energietechnischer Rückschritt.



Damit das Vorhaben überhaupt funktionieren kann, müssen per Sondervermögen all die zusätzlichen milliardenschweren Investitionen vorgenommen werden, die unter dem Stichwort „systemdienlich“ laufen. Ohne zusätzliche Übertragungs- und Verteilnetze, ohne eine Netzstabilisierung durch entsprechende stabilisierende Anlagen statt der bisherigen Großgeneratoren in konventionellen Kraftwerken, ohne große Stromspeicher, ohne zusätzliche Backupkraftwerke, kurz: Ohne die Entschärfung der Schwankungsbreite von Strom, der mittels Wind und PV hergestellt wurde, wird es im besten Fall zu gewollten, großflächigen Stromabschaltungen (Flexibilisierung/Brownouts) und schlimmstenfalls zum unkontrollierten Blackout kommen.

Es wird gemäß Vertrag energiepolitisch im großen Ganzen so weitergehen wie bei der Ampel. Eine ideologisch angelegte Energiepolitik, genannt Energiewende, wird fortgeführt. Mit ihren Begleiterscheinungen Wirtschaftsrückgang und Deindustrialisierung. Um das wahnwitzige Vorhaben, das gleichwohl ein Rieseninvestitionsprogramm für den klimaindustriellen Komplex ist, finanzieren zu können, wurden mit dem bereits abgewählten Bundestag „Sondervermögen“ geschaffen. Der Bürger nimmt dies mehr oder weniger klaglos hin.

Ohne Wind hilft ein Windrad wenig

Dabei braucht es keine akademische Ausbildung, um zu verstehen, daß noch so viele Windkraft- und PV-Anlagen bei wenig Wind, Sonne hinter den Wolken und keine Sonne in der Nacht fast kein Strom erzeugt wird. Dann muß zu einem großen Teil konventioneller Strom aus dem Ausland importiert werden, dann muß Strom fossil hinzuerzeugt werden. Es läuft am Ende auf einen zusätzlichen, teuren Backup-Gaskraftwerkspark hinaus, der die bestehenden und mit dem weiteren Ausbau zweifelsfrei immer größer werdenden Stromlücken schließen muß. Alles zusammen ist unsäglich teuer, dauert sehr lange und ist angesichts der noch zu elektrifizierenden Energiemenge eine Sisyphus-Aufgabe.

Warum? Im Jahr 2045 sind die aktuell im Jahr 2025 errichteten Windkraft- und PV-Anlagen ausgefördert. Dann muß repowert werden. Sonst rechnen sich die Anlagen nicht. Früher erstellte Anlagen werden bereits aktuell Jahr für Jahr in immer größerem Umfang erneuert. Hinzu kommen all die Anlagen (Wind, Solar, Geothermie, Gas), die benötigt werden, um die elektrische Energie zumindest rechnerisch zu 100 Prozent bereitzustellen, was heute die fossil erzeugte Endenergie ist. Bisher sind nur 284 Terawattstunden (TWh) von 2.200 TWh regenerativ-elektrisch. Plus 230 TWh Biomasse et cetera bleiben noch 1.686 TWh, die regenerativ hergestellt werden müssen. Aber nur, wenn man davon ausgeht, daß der Endenergiebedarf konstant bleibt. Kommt es zu erwünschtem Wirtschaftswachstum, steigt der Endenergiebedarf.

Ein Beispiel zur Veranschaulichung der Herausforderung: Sollten 1.300 TWh der oben errechneten 1.686 TWh durch Windkraft- und PV-Anlagen bereitgestellt werden, wäre diese Anlagenanzahl notwendig:

Rechner für WKA- und PV-Anzahl					
Wünschtes Strommenge pro Jahr [TWh]	Windkraft onshore		Regenerativ-Kraftwerke		Photovoltaik
	Windkraft onshore	Windkraft onshore	Windkraft offshore	Peak-Leistung ¹ [kW]	
	Nennleistung/WKA [MW]	Nennleistung/WKA [MW]	Nennleistung/WKA [MW]	Peak-Leistung ¹ [kW]	
255	518	328	215	8,22	12,8
5	8	12	8,22	8,22	
28,8	22,8	45,8	12,8	12,8	12,8

Anzahl Windkraftanlagen	29.110	Anzahl PV Anlagen	33.079	Anzahl Geothermie Anlagen	6.765	PV Fläche [m ²]	929.673.447
-------------------------	--------	-------------------	--------	---------------------------	-------	-----------------------------	-------------

Die benötigte Anzahl an Windkraft- oder Photovoltaikanlagen. Grafik: stromdaten.info

Die verbleibende Energiemenge (368 TWh) wird durch Importstrom, Wasserkraft, Geothermie, Biomasse et cetera bereitgestellt werden. Was ruckzuck zu Papier gebracht ist. Die Umsetzung hingegen ist langwierig und teuer.

Wasserstoff bleibt ein feuchter Traum

Ein grüner Wasserstoffhochlauf ist seit Jahren in aller Munde und darf auch nicht im Koalitionsvertrag fehlen. Nur wird der Hochlauf nicht kommen. Weil er energietechnisch und wirtschaftlich vollkommen unsinnig ist. Um grünen Wasserstoff herzustellen, ist grüner Strom unabdingbar. 50 Prozent dieser aufwendig hergestellten elektrischen Energie gehen bereits durch die **Elektrolyse plus notwendiger Nebenschritte** zum größten Teil als Wärme verloren. Soll aus dem Wasserstoff wieder grüner Strom erzeugt werden, sind weitere 50 Prozent Nutzungsverlust zu verzeichnen.

Aus 100 Prozent grünem Ursprungstrom werden 25 Prozent grüner Wasserstoffstrom gemacht. Da wird neben der Energieverschwendungen auch noch viel Geld zum Fenster hinausgeworfen. In einer Marktwirtschaft wird das nicht funktionieren. Hinzu kommt, daß der fehlende Strom im Stromnetz fossil hergestellt werden muß.

Nur dann, wenn grüner Strom nachhaltig und weit über Bedarf erzeugt werden kann, ist eine Transformation in Wasserstoff, seine Speicherung und eine weitere Verarbeitung sinnvoll. Bis dahin muß der Wasserstoff für die Industrie wie bisher fossil per Dampfreformation oder ähnlichen Verfahren hergestellt werden. Was viele nicht wissen: Bereits heute werden um die 70 TWh konventioneller Wasserstoff für diverse industrielle Prozesse benötigt.

Strom- und Energiepreise werden steigen

Im Koalitionsvertrag ist von einer Strompreissenkung um mindestens 0,05 Euro/kWh die Rede. Dieser Nachlaß wird leider indirekt wieder durch die Subventionierung eines sogenannten Industriestrompreises zunichte gemacht. Hinzu kommt die Merz-Ansage, daß der Bürger zum Wechsel zu angeblich klimafreundlichen, weil CO2-armen Autos, Heizungen und so weiter „erzogen“ werden soll. Das Mittel der Wahl ist hierfür die jährlich **steigende CO2-Abgabe**, die 2027 durch einen auf die EU ausgeweiteten Emissionshandel (ETS) mit noch höherer Preisdynamik – statt 55 Euro/t CO2 aktuell bis zu 380 Euro/t CO2 ab 2027 (S.15) – festgesetzt werden soll.

Dieses Vorhaben entlarvt jede aktuell geplante Preissenkung als Augenwischerei. Die Strompreise werden zunächst ein wenig sinken und dann stark ansteigen. Die sonstigen Energiepreise werden ebenfalls erheblich anziehen.

E-Mobilität wird den Verbrenner nicht verdrängen

Im Koalitionsvertrag wird eine erneute Förderung der E-Mobilität angedacht. Bürger mit geringeren Einkommen sollen die Möglichkeit erhalten, günstig auf ein E-Auto umzusteigen. Dieser und sieben weitere Förderpunkte des Koalitionsvertrages werden jedoch eines nicht bewirken: daß die Neuzulassungen von E-Fahrzeugen auch nur annähernd die Werte erreichen, die CO2-sparend relevant sind. Der Anteil der rein batterieelektrisch betriebenen Fahrzeuge (BEV-PKW) lag zum 1. Januar 2025 bezogen auf den **Gesamtbestand PKW in Deutschland** (49.339.166 Fahrzeuge) bei 3,3 Prozent (1.651.643 Fahrzeuge).

Falls, optimistisch gerechnet, jedes Jahr netto 500.000 E-Fahrzeuge zugelassen würden, läge der Anteil im Jahr 2045 bei gut zehn Millionen Fahrzeugen. Auch wenn der Fahrzeugbestand PKW auf 30 Millionen Fahrzeuge sinken würde, wäre gerade mal ein Drittel elektrifiziert. Was aber würde das für die deutsche Wirtschaft bedeuten? Es wäre mit hohen Wohlstandsverlusten behaftetes Minderwachstum – Degrowth.

Mit oder ohne Kohleausstieg, die Emissionen bleiben

Der Kohleausstieg wird aus dem Jahr 2030 wieder in das Jahr 2038 zurückverlegt werden. Das ist kein politischer Wille, das ist der pure Sachzwang. Ob der Ausstieg dann tatsächlich stattfindet oder ob die Verantwortlichen bis dahin gemerkt haben, daß die Verstromung von vor allem LNG-Gas in der Gesamtberechnung nahezu den gleichen CO2-Ausstoß zur Folge hat, bleibt abzuwarten.

Tatsächlich neu ist das Vorhaben, CO2-Abscheidung und -Speicherung (CCS) auch für Gaskraftwerke zuzulassen und die weitere Entwicklung von CO2-Nutzungstechnologien (CCU). Auch der Entzug von CO2 direkt aus der Luft (DAC) soll weiterentwickelt werden.

Auch Schwarz-Rot ist nicht sicher vor den eigenen Widersprüchen

Papier ist geduldig. Das wird auch für diesen Koalitionsvertrag in weiten Teilen zutreffen. Mit vielen schönen Worten wird eine Zukunft skizziert, die sozial, gerecht, umweltbewußt und so richtig demokratisch sein soll. Der wichtigste Aspekt wird dabei leider vollkommen falsch eingeschätzt. Nur

mit einer prosperierenden Wirtschaft sind die Träume der neuen Koalition zu erreichen. Genau da liegt der große Mangel des Vertrages.

Schwarz-Rot glaubt, mit dem billionenschweren Weiterführen der Energiewende à la Ampel plus den nach oben offenen Ausgaben für Aufrüstung die darbende Wirtschaft beflügeln zu können. Oder wollen Merz und Klingbeil den Aufschwung gar nicht? Wollen sie nur die Klimaindustrie, die Rüstungsindustrie füttern und die Bevölkerung mit dem Narrativ der „Weltenrettung“ in fünfzig oder hundert Jahren plus aktueller Angst „vor den Russen“ ruhig halten? Das wird keinesfalls funktionieren.

Wenn es spürbar an den Wohlstand der Menschen geht, wenn die Widersprüche „vor der Wahl – nach der Wahl“ zu offensichtlich werden, wenn fragwürdige Sachverhalte ad absurdum geführt werden, dann wachen immer mehr Menschen auf und fangen an nachzudenken. Die Folgen dieses Nachdenkens können in den aktuellen und zukünftigen Meinungsumfragen abgelesen werden.



[Kommentare ausblenden](#)

Kommentare

Klaus-Peter Löwe sagt:

16. April 2025 um 16:52 Uhr

Kein Betrug, sondern Betrug mit Ansage. Wer die wählte, soll nun leiden. Mir fehlt das Mitleid

[Antworten](#)

Kopfhörer sagt:

16. April 2025 um 15:36 Uhr

Der Staatsfunk ist auf Linie, die Lakaien des Lügners werden alles tun, um ihr Einkommen weiterhin zu erhalten. Das Narrativ wird funktionieren, die Justiz ist auch schon auf Schiene.

In Nordkorea müssen die Menschen Gras fressen wenn es schlecht läuft, aber „die Sonne der Welt“ will Atomraketen, Atom-U-Boote, Atom xyz. Wir sehen in der Ukraine nordkoreanische Soldaten die sich vor laufenden Kameras mit einer Handgranate in die Luft sprengen, um die Bestrafung ihrer Familienmitglieder zu verhindern. Das hat alles mit soldatischen Tugenden, Tapferkeit oder ähnlichem nichts zu tun. Es ist die lebenslange Dressur für den Tod. Die grün-rot-schwarzen Sowjetbewunderer wollen und werden einen ähnlichen Weg gehen.

Ein industriell zertrümmertes Land, geführt von einem Lügner. Was unter ihm angesiedelt ist, in Verwaltung, Behörden und vor allem in der Justiz ist noch weit schlimmer als er.

[Antworten](#)

Rodolfo Panetta sagt:

16. April 2025 um 14:51 Uhr

Die politische Wende, die schon viele Staaten in Europa erfaßt hat, rückt auch für Deutschland näher.

[Antworten](#)

Dieter_Lanze sagt:

16. April 2025 um 14:25 Uhr

Das große Leiden hat in der breiten Masse noch nicht eingesetzt, noch werden diverse soziale Wohltaten verteilt, um die Menschen einzulullen und ruhig zu halten. Ich schätze, erst wenn es an das private Vermögen, an die Rücklagen für das Alter usw. geht, werden die Unruhen nicht mehr kontrollierbar werden; dann wird sich der Druck analog 1989 explosionsartig entladen. Bis dahin wird der deutsche Michel seiner von den Eliten so geschätzten Angewohnheit treu bleiben, nämlich brav zu gehorchen, weiterhin zu leiden, noch mehr zu arbeiten bei weniger Netto am Monatsende. Die Fahnenszange ist bei uns immer länger als anderswo.

[Antworten](#)

HINWEIS: Die Kommentarfunktion wird 2 Tage nach Veröffentlichungsdatum des Beitrages geschlossen.